Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Bautzen und der Bürgermeister zu Bischofswerda u. Neukirch (L.) behördlicherseits bestimmte Blatt u. enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda u. and. Behörden.

Neukirch und Umgegend

Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage Frau und Heim / Zum Sonntag / Landwirtschaftliche Beilage — Druck und Verlag von Friedrich May in Bischofswerda — Postscheck-Konto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 364

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich RM. 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Rpf. Einzelnummer 10 Rpf. (Sonnabendnummer 15 Rpf.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445
Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Beförderungseinrichtungen durch höhere Gewalt hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 46 mm breite einspaltige Millimeterzeile 8 Rpf. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Rpf. Nachlaß nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 145 | **Sonnabend, den 24. Juni 1939** | **94. Jahrgang**

Der Verlauf des Sandschak

Frankreich verschachert Mandatsland

Lange haben sich Franzosen und Türken um den Sandschak von Alexandrette gestritten. Die Türkei hat ultimativ mit militärischen Maßnahmen gedroht, Frankreich hat es beinahe zu einem Bruch mit den Türken kommen lassen. Dennoch haben sich Paris und Ankara nun über die Zukunft dieses umstrittenen Landstriches von Syrien geeinigt, das heißt, Frankreich hat in den sauren Apfel gebissen und das Land der türkischen Souveränität überantwortet. Wer sich dieser Vorgeschichte erinnert, für den sind die Hintergründe dieses einzigartigen französisch-türkischen Geschäftes nicht dunkel. Erst recht dann nicht, wenn er gleichzeitig den Abschluß des französisch-türkischen Militärbündnisses hinzuzieht, das am gleichen Tage unterzeichnet wurde, wie der Vertrag über den Verkauf des Sandschak. Die Abtretung dieses syrischen Gebietsstreifens ist nichts anderes als der Preis, den Frankreich für den Einkauf der Türkei in die Einkreisungsfront auf den Ratschlag Englands zahlt.

Was ist der Sandschak von Alexandrette, wie ist er entstanden und wie verlief in den letzten zwei Jahren seine Geschichte? Das 4700 Quadratkilometer große Gebiet zählt rund 240 000 Einwohner, darunter Türken, sunnitische Araber, Armenier, Alauiten, Griechisch-orthodoxe, Tscherkessen, Juden, Mohammedaner und Christen. Es ist ein Teil des französischen Völkerbundmandats Syrien, mit dem es Zoll- u. Währungseinheit verbindet. Im Norden grenzt es an die Türkei; im Süden trennt nur ein schmaler syrischer Gebietsstreifen es von der Republik Libanon. Die Hauptstadt ist Iskenderun (Alexandrette oder Alexandreia Ad Issum zum Andenken an Alexanders Sieg bei Issum genannt). Sie zählt etwa 20 000 Einwohner und ist die bedeutendste Hafenstadt im oberen östlichen Mittelmeer zwischen dem türkischen Smyrna und Beirut im Libanon. Mit der Bagdad- sowie mit der Hedschasbahn verbindet Alexandrette eine Eisenbahnlinie. Die größte Stadt des Sandschak ist Antiochia mit 30 000 Einwohnern.

Nach türkischen Angaben besteht die Bevölkerung des Sandschak zu über 50 v. H. aus Osmanen; Frankreich bezifferte allerdings bisher den türkischen Anteil nur auf 30 v. H. Bisher bediente sich die französische Politik gerade dieses Arguments, wenn es galt, den Türken die Abtretung des Sandschak zu verweigern. Es war den Franzosen nicht gleichgültig, ob die Türken in einem Gebiet, das strategisch die umgebende Landschaft beherrscht und in dem die Bahn von Bagdad syrisches Land erreicht, uneingeschränkten Einfluß ausüben. Wenn Frankreich jetzt diese Bedenken zurückgestellt hat, so zweifellos in dem Glauben, in der Türkei einen willigen und interessenverbundenen Alliierten gewonnen zu haben. Die politischen Bedenken gegen den Verkauf werden in Paris einzig und allein durch die Vorteile aufgewogen, die man sich aus der Allianz mit der Türkei verspricht.

Andere Bedenken fallen in Paris allem Anschein nach nicht ins Gewicht. Jener Staat, der Deutschland so gern der Vertragsbrüche zeiht, setzt sich durch den Verkauf des Sandschak in einer geradezu leichtsinnigen Weise über die vertraglichen Bestimmungen der Vorschriften für die Verwaltung eines Völkerbundsmandats hinweg. Der gleiche Staat, der Deutschland anklagt, sich fremdes Eigentum angeeignet zu haben, verschachert ein Land, das ihm nicht gehört und nur vom Völkerbund zur Verwaltung übergeben wurde. Er berücksichtigt auch die Wünsche der Eingeborenenbevölkerung in keiner Weise. Nicht nur, daß die Franzosen den Syriern die versprochene Unabhängigkeit verweigern, gehen sie sogar so weit, einen Teil syrischen Landes einem anderen Staate zu verkaufen. Nur nebenbei vermerkt Deutschland, daß Frankreich durchaus bereit sein kann, Mandatsbestimmungen zu verändern und zu mißachten, wenn es hierin eine politische Zweckmäßigkeit erblickt. Künftighin wird den Franzosen allerdings die Ausrede mit den Mandatsbestimmungen und das Verschanzen hinter Paragraphen nichts mehr nützen, wenn von einer Revision der Mandatsbestimmungen für die geraubten deutschen Kolonien die Rede ist.

Es wird in England und Frankreich auch hoffentlich niemand bestreiten, daß der Sandschak von Alexandrette eine Mittelmeerküste besitzt. England und Italien aber vereinbarten in dem Osterabkommen vom vorigen Jahr den Status quo im Mittelmeer. Ueber diese Vereinbarung setzt sich jetzt Englands französischer Bundesgenosse mit Zustimmung Londons hinweg. Die Abtretung des Sandschak ist zweifellos eine flagrante Verletzung des Status quo im Mittelmeer, durch die dem englisch-italienischen Osterabkommen ein schwerer Stoß versetzt wurde. Auch hierbei erweist sich wieder einmal die Doppelzüngigkeit der demokratischen Politik. Wenn die autoritären Staaten die Abänderung des Status quo fordern, dann begehrt man in London und Paris stets auf und spricht von Angriffslust und Kriegsdrohung. Wenn dagegen Frankreich und England es einmal für zweckmäßig halten, den Status quo abzuändern, und die Möglichkeit sehen, die bestehenden Verhältnisse zu ihren Gunsten umzustoßen, dann zögern sie keinen Augenblick.

Londons wachsende Enttäuschung über Moskau

Auf Bitten des britischen Außenministers Halifax begab sich am Freitagnachmittag der Sowjetbotschafter Maisky ins Londoner Außenamt zu einer längeren Aussprache.

London, 24. Juni. (Eig. Funkmeldg.) Der gestrige Besuch des Sowjetbotschafters bei Außenminister Halifax wird von der Londoner Morgenpresse als Beweis für die Schwierigkeiten angesehen, die dem Abschluß des englisch-sowjetischen Paktes nach wie vor im Wege stehen.

Bezeichnend für die Stimmung in London ist die Meinung des diplomatischen Korrespondenten der „Times", nach der man das Ausbleiben eines Fortschritts in den Verhandlungen als große Enttäuschung empfindet. Man sei allgemein der Ansicht, daß die letzten englischen Vorschläge alle die Punkte enthalten hätten, auf die die Sowjets bei Beginn der Verhandlungen Wert gelegt hätten. Da aber zwei dazu gehörten, um einen Vertrag zu schließen, verstärke sich in London die Auffassung, daß jetzt auf der anderen Seite ein Schritt vorwärts notwendig sei, falls die Sowjetunion tatsächlich an der Bildung einer „Friedensfront" teilnehmen wolle.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" meint, daß Halifax jetzt kaum noch wisse, was man tun könne, um Moskau von der Ehrlichkeit der britischen Absichten zu überzeugen. Man habe in Moskau bereits so viel verschiedene Formeln vorgebracht, daß die Lage anfinge unverständlich zu werden. Der Korrespondent will erfahren haben, daß jetzt weitere Ausarbeitungen der englischen und französischen Unterhändler vorgelegt werden würden.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald" sagt, Halifax habe Maisky gegenüber seinen Wunsch unterstrichen, das Abkommen so schnell wie möglich abzuschließen. Alles, was man im Augenblick sagen könne, sei, daß weder Halifax noch der Sowjetbotschafter pessimistisch hinsichtlich des Ausganges der Verhandlungen seien. Wahrscheinlich werde Halifax dem britischen Botschafter jetzt neue Instruktionen schicken.

Bartlett gibt in der „News Chronicle" der Vermutung Ausdruck, daß jetzt ein neuer Vorschlag gemacht werden würde. Bezeichnenderweise stellt auch Bartlett, der sich immer hundertprozentig für den Abschluß eines englisch-russischen Paktes eingesetzt hat, fest, daß selbst in den englischen Kreisen, die ein Abkommen mit Sowjetrußland sehnlichst wünschten, der Eindruck entstanden sei, daß vielleicht von seiten der Sowjetregierung keinerlei Konzessionen gemacht würden.

Neuer Kniefall Londons vor dem Kreml

London, 23. Juni. Der diplomatische Korrespondent Reuters meldet, daß im Anschluß an die heutigen Unterredungen von Lord Halifax mit Corbin und Maisky bzw. den Telegrammwechsel mit den französisch-britischen Vertretern in Moskau neue Instruktionen an letztere nach Moskau abgegangen seien. Der „britische Standpunkt" — ein Ausdruck, den die Weltöffentlichkeit nur noch mit verständnisvollem Mitleidslächeln zur Kenntnis nimmt — soll darin aufs neue „klargelegt" werden.

„Zerstörung des britischen Imperialismus ein Segen für die leidende Menschheit!"

Millionen amerikanischer Iren klagen Englands Blutschuld an

Unter der Ueberschrift „England ist der Störenfried der Welt" prangert die größte Zeitung der Amerikaner irischer Abstammung „The Gaelic American" heute Englands habgierige imperialistische Politik an, welche der Menschheit immer wieder neuen Unfrieden beschere. Die Zeitung schreibt wörtlich:

„Kaum ein Tag vergeht, da nicht England mit einer oder mehreren Nationen Europas, Asiens oder Afrikas Streit hat. Eine Macht, welche wie England die Beherrschung der Welt beansprucht, hat kaum jemals Frieden. An Indiens Nordwestgrenze morden Englands Luftbomber in regelmäßigen Abständen Tausende primitiver Eingeborener, deren Heimstätten man zerstört. Für sie bedeutet „englische Zivilisation" Tod und Zerstörung.

In Europa spielt England seit Generationen eine Diktatorenrolle, die heute allerdings niemand mehr respektiert. In seinem Eroberungsfeldzug wurde über ein Viertel der Erdoberfläche zu seinen Gunsten annektiert. Hitler mißachtete Englands Diktat in Mitteleuropa. Mussolini führte erfolgreich seinen afrikanischen Feldzug trotz englischer Proteste und wertloser Sanktionen durch.

Während England auf diese Mächte eifersüchtig ist, lehnt es ab, den unter seiner Herrschaft lebenden Völkern die Gebiete zurückzugeben, auf die England höchstens als Straßenräuber Anspruch hat. Solange England seinen Würgegriff auf Irland, Indien und Aegypten beibehält, wird seine angemaßte Rolle als Fackelträger der Demokratie und des Weltfriedens keine Völker überzeugen, die im Namen der Zivilisation beraubt wurden.

Japans Aktion gegen britische Konzessionen zeigt, daß die englische Oberherrschaft weder in Asien noch in Europa mehr gefürchtet wird. Es ist bezeichnend, wenn Japan heute ungestraft den britischen Löwen im eigenen Lager am Pelz zerrt. England als Herr der Meere und Eroberer vieler Völker hat aufgehört, die Völker östlicher Zivilisation zu schrecken.

Japan warf England den Fehdehandschuh hin, ob England ihn aufhebt, hängt von Amerikas militärischer und finanzieller Unterstützung ab. Anscheinend ist die Roosevelt-Regierung bemüht, England in allen seinen internationalen Konflikten beizustehen, aber die Bevölkerung Amerikas widersetzt sich der Entsendung junger Amerikaner nach Uebersee, um lediglich das Leben des verfallenden Britenreiches zu verlängern.

England ist schwer bedrängt. Seine Weltherrschaft ist in Frage gestellt. Es bettelt um ein Sowjetbündnis. Für seine zweifelhafte Zukunft braucht das britische Reich keine Militärhilfe Amerikas zu erwarten, denn die Erhaltung dieses Reiches ist nicht das Leben eines einzigen Amerikaners wert.

Solange der britische Imperialismus fortbesteht, gibt es keinen Weltfrieden oder eine universale Gerechtigkeit. Kriege und Kriegsgerüchte werden andauern; Menschenblut wird in vielen Ländern fließen. Die Zerstörung dieses Imperialismus ist ein Segen für die leidende Menschheit."

Engländer in Tientsin nackt ausgezogen!

Britannien hat sein Ansehen im Fernen Osten verspielt

London, 24. Juni. **Wie zu dem Protest des britischen Generalkonsuls in Tientsin noch bekannt wird, ist die „peinliche Untersuchung" jener Engländer, die die Grenze der internationalen Niederlassung überschreiten wollten, dergestalt vor sich gegangen, daß die Betreffenden sich vor dem Wachtposten völlig nackt ausziehen mußten! Diese höchst fatale Behandlung der stolzen Briten zeigt eindeutig, daß England sein Ansehen im Fernen Osten verspielt hat. Es ist die Schuld der unaufrichtigen Politik Londons, wenn britischen Staatsangehörigen in Ostasien heute keine Achtung mehr entgegengebracht wird.**

Haltung der englischen Presse unterstreicht Ansehensverlust

„England bezahlt die Sünden der Vergangenheit"

London, 24. Juni. (Eig. Funkmeldg.) Die Verhältnisse in Ostasien und insbesondere die anhaltende Blockade in Tientsin bereiten der englischen Presse, die auch am Sonnabendmorgen in größter Aufmachung berichtet, weiter große Kopfschmerzen. Bezeichnend für den empfindlichen Ansehensverlust Großbritanniens ist, daß die Blätter gegenüber den von den Japanern angewandten Blockademaßnahmen durchweg einen verhältnismäßig zahmen Ton anschlagen.

Der diplomatische Korrespondent der „Times" z. B. widmet einer gestrigen englisch-japanischen Aussprache in London, die die „entwürdigende Behandlung englischer Staatsangehöriger in den internationalen Niederlassungen in China" zum Gegenstand gehabt haben soll, nur wenige Zeilen. Das Blatt selbst läßt dann Kritik an der Stellungnahme der englischen Regierung anklingen. Die Blätter sprechen schließlich zum Teil in äußerst vorsichtiger Form von britischen Gegenmaßnahmen und der „Daily Herald" erklärt vorwurfsvoll, Worten müßten Taten folgen. Der „Daily Herald" aber unterstreicht nur die englische Ohnmacht im Fernost, wenn er hieraus unter Hinweis auf unzureichende britische Marinestreitkräfte zusammenfaßt, die Blätter meinten, daß England jetzt in Fernost die Sünden der Vergangenheit und früherer Regierungen bezahle, die geglaubt hätten, „ein Empire mit Abstrichen am Etat verteidigen zu können".

Das stolze Albion bittet Japan um Gnade?

Eine bezeichnende Anfrage im Unterhaus

London, 23. Juni. Der konservative Abgeordnete Milne fragte den Ministerpräsidenten, ob ihm bekannt sei, daß in Japan Gerüchte umliefen, nach denen der britische Botschafter bei dem japanischen Außenminister um Gnade gebeten habe.

SLUB
Wir führen Wissen.